

Rainer Gries

Einmischung in äußere Angelegenheiten!

Rainer Gries

(* 1948) Sozialwissenschaftler und SPD-Kommunalpolitiker, Sankt Augustin.



gries.bergmann-gries@t-online.de

Der Beitrag von Ulrike Merten zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan (NG/FH 12/2009) verdeutlicht, was passieren kann, wenn Politiker(innen) sich auf die Kommunikation von Sprachregelungen konzentrieren: Für Ulrike Merten war noch zum Zeitpunkt der Niederschrift, Anfang November, »strittig«, ob der Luftschlag in Kundus Anfang September 2009 als eine »angemessene« Reaktion gelten konnte. Selbst der CSU-Verteidigungsminister musste von dieser Position der Angemessenheit Abschied nehmen und die inzwischen bekannt gewordenen Fakten legen das Gegenteil nahe.

Die Berichterstattung nährt sogar die Annahme, dass sich militärische Ziele – Vernichtung von Taliban – vom Mandat des Deutschen Bundestages emanzipiert hatten. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 14. 12. 2009 kommentiert: » ...Nach dem Angriff verbreiteten die Bundesregierung, die Kanzlerin (der damals Großen Koalition), ihre Minister und Sprecher die Interpretation, der Angriff habe den Tankfahrzeugen gegolten, weil von ihnen Gefahr für das Militärlager Kundus ausgegangen sei. Das war eine unentschuld bare und politisch noch nicht genug bestrafte Irreführung. Die Bomben galten nicht den Fahrzeugen, sondern den Taliban-Kämpfern. Ziel war

die Tötung möglichst vieler Feinde, die in den Wochen zuvor die Bundeswehr regelmäßig angegriffen hatten, ebenfalls mit dem Ziel, möglichst viele Soldaten zu töten. Landläufig heißt so etwas Krieg. ...«

Hier muss entschieden die Wiederherstellung des Primats der Politik gefordert werden. Im Bundestagswahlkampf 2008/09 war die Argumentation auch von Sozialdemokraten in Sachen Bundeswehreininsatz in Afghanistan eher defensiv und ausweichend. Ich erlebte, wie Ulrike Merten in einer öffentlichen Veranstaltung in ihrem Wahlkreis im Frühjahr 2008 auf den Vorschlag von Kurt Beck angesprochen, einen Konfliktlösungsansatz in Gesprächen mit gemäßigten Taliban zu suchen, ablehnend reagierte – ohne eigene konzeptionelle Überlegungen zu bieten.

Im November 2009 erfuhren wir: Der Westen müsse »Leuten die Hand reichen, die wir als Fundamentalisten einschätzen«. So laute die Lehre aus dem Irak, die der US-Sonderbotschafter für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, jetzt in Afghanistan anwende. US-Außenministerin Clinton habe im Juli 2009 klargestellt, »dass die Mehrheit der Taliban die extremen Ansichten von Mullah Omar gar nicht unterstützt. Für diese Mehrheit gibt es Spielraum genug, sich der afghanischen Gesellschaft und der afghanischen Politik wieder anzuschließen, sofern sie Al-Qaida abschwören und sich friedlich reintegrieren. Das ist ein wichtiger Teil unserer Politik« (*Spiegel Online*, 25. 11. 2009). Nur: Zum Zeitpunkt des Vorschlags von Kurt Beck (April 2007) waren die Erfolgchancen dieses Ansatzes besser als heute.

Zerstörtes Vertrauen

Kann man ernsthaft behaupten, »nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht hinter einer undurchdringlichen Mauer der Ablehnung verschanzen, sind sie bereit zuzuhören, können es überhaupt.«? Im Gegenteil: Die Bürgerinnen und Bürger haben doch erlebt, wie Politiker sich in Sachen Bundeswehreininsatz in Afghanistan in einer Wagenburg aus allgemeinen Bekenntnissen, Worthülsen und Sprachregelungen verschanzt haben – mit dem Ergebnis: »... Eine große Mehrheit der Deutschen hat Zweifel, ob die Bundesregierung umfassend und ehrlich über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan informiert. Im aktuellen *ARD Deutschlandtrend* zeigen sich 77 % der Befragten überzeugt, dass die lückenhafte Information über den Luftangriff in Kundus keine Ausnahme war. Dieses geringe Vertrauen könnte ein Grund sein, warum die Bereitschaft der Bundesbürger, den Einsatz in Afghanistan zu unterstützen, deutlich gesunken ist. Nur noch 27 % sind der Meinung, die Soldaten sollten weiterhin dort stationiert bleiben, im September waren es noch 37 %. 69 % sind für einen schnellen Abzug. ...« (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 3. 12. 09).

Michael F. Harsch (*NG/FH 12/2009*) trifft das Problem: Es sei versäumt worden, »auch in der Bevölkerung Akzeptanz für Deutschlands neue Rolle in der Welt und seinen dramatisch veränderten Umgang mit militärischer Gewalt zu schaffen. ... Dieser Aufgabe ist die politische Klasse jedoch nicht gerecht geworden. ...«. Ein wichtiger Hinweis fand sich bei Thomas Leif (*NG/FH 12/2009*): »Die Parteien in Deutschland leiden unter einem massiven Realitätsverlust. Die Parteirealität vieler Spitzenpolitiker unterscheidet sich fundamental von der Lebensrealität der Bürger und Wähler. Die Folge: Die Parteien verlieren zunehmend ihre Problemsensitivität und ihre Orientierungsfunktion für die Bürger. Die Verankerung in der Be-

völkerung sinkt, die Parteien verlieren an politischer Deutungsfähigkeit. ...«. Auch das führte im September 2009 zu Konsequenzen für die Volkspartei: Unsere Abgeordnete erreichte in ihrem Bundestagswahlkreis 99 (Rhein-Sieg-Kreis) nur noch 24,7 % der Erststimmen, die SPD insgesamt landete dort mit 20,8 % der Zweitstimmen hinter der FDP (21,8 %).

Die Bürger und Wähler verbinden auch mit der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD andere und hohe Erwartungen sowie klare friedenspolitische Perspektiven – zu Recht! Diese Erwartungen wurden in den letzten Jahren offensichtlich nicht erfüllt.

Das Herumdrukken um Begriffe, die ausweichenden Beschwichtigungen und die Verengung der Debatte auf militärtechnische Fragen und die Anzahl der Soldaten muss beendet werden. Allen voran die Bundeskanzlerin muss die Deckung verlassen und sich den außen-, sicherheits-, bündnis- und entwicklungspolitischen Herausforderungen stellen, ihre und die Vorstellungen der Bundesregierung zur Diskussion stellen. Endlich!

Eine außen- und friedenspolitische Debatte muss in den Parteien geführt werden und in der Abkehr vom Anspruch »alternativloser« Politik auch mit den Bürgern, den freien Citoyens – wie es Erhard Eppler im November 2009 in Dresden betont hat. In diesem Sinne: Einmischung in äußere Angelegenheiten ist angesagt!

Diesem Bedarf an öffentlicher Debatte entsprach der SPD-Vorstand mit der Afghanistan-Konferenz im Januar in Berlin und insbesondere damit, den Beschlussvorschlag des Vorstandes zu Afghanistan den Mitgliedern der SPD zur Diskussion zu stellen. Wenn dieses Angebot nicht als beschwichtigender Teil einer Doppelstrategie wahrgenommen wird, sondern als ernsthaftes und glaubwürdiges Informations- und Beteiligungsangebot, dann wird es eine vertrauensbildende Maßnahme sein und wird es die friedenspolitische Profilierung der SPD voranbringen.